Gesetz über digitale Dienste

Mehr Schutz im Internet

Nur durch den politischen Angriff auf das Geschäftsmodell, das Aufmerksamkeit um jeden Preis sucht, kann der Kampf gegen die skrupellosen Profitmacher gewonnen werden.

Martin Schirdewan, tagesschau.de, 08.11.2021

In den letzten 20 Jahren hat sich das Internet zu einem Dschungel von illegalen Inhalten, gesteuert von den Profitinteressen von Facebook, Google und Co., entwickelt. D**ie Selbstregulierung der Unternehmen ist gescheitert**, stattdessen haben sie den digitalen Markt ohne Rücksicht auf Verbraucher:innenschutz und unter dem Motto „Ich mach‘ mir die Welt Widdewidde wie sie mir gefällt“ geformt. Facebook-Gründer Marc Zuckerberg beteuerte immer wieder, dass sein Unternehmen alle Nutzer:innen gleich behandelt. **Doch dies ist eine dreiste Lüge**, denn rund sechs Millionen prominente Accounts dürfen im Gegensatz zu anderen Nutzer:innen die Regeln von Facebook brechen, ohne dafür sanktioniert zu werden.

Ein Beispiel ist der Fußballer Neymar, der in einem Video unerlaubterweise Nacktbilder einer Frau mit ihrem Klarnahmen veröffentlichte. Das führt normalerweise zur Löschung des Posts und des Kundenkontos. Neymars Video blieb über 24 Stunden online, mit seinem Account geschah nichts. **Mit der Sonderbehandlung von Prominenten und anderen fragwürdigen Praktiken von digitalen Unternehmen ist nun Schluss.** Die EU räumt mit dem Gesetz über digitale Dienste (englisch: Digital Services Act, kurz: DSA) das Internet auf.

Über den Zeitraum von 1,5 Jahren fanden intensive Verhandlungen im Europäischen Parlament, sowie mit dem Europäischen Rat, statt, **in denen ich als verantwortlicher Abgeordneter der Linksfraktion THE LEFT viele meiner Forderungen durchsetzen konnte.**

Der DSA schafft neue Regeln, **so dass alles, was illegal offline ist, auch illegal online ist.** Hierbei wird anhand eines sogenannten „Notice and Action“-Verfahrens gewährleistet, dass User:innen Inhalte posten können, illegale Thematiken jedoch nach Erkennung gelöscht werden. Somit haben private Internetplattformen nicht mehr die Entscheidungsgewalt darüber, was (nicht) im Netz gesagt werden darf. Denn dies ist im DSA jetzt einheitlich gesetzlich festgelegt.

DIE LINKE.
IM EUROPAPARLAMENT

Das Einsetzen automatisierter Filter zum Erkennen und Entfernen möglicher illegaler Inhalte ist weiterhin die falsche Antwort. Filter entfernen zum einen mehr als sie sollen und zum anderen ist ihnen eine große Fehleranfälligkeit nachgewiesen. Sie sind blind für den Kontext und gefährden so die Meinungsfreiheit im Netz.

Der eigene Profit hat für Internetplattformen höchste Priorität. Mit Hilfe von Algorithmen versuchen die Unternehmen die Aufmerksamkeit der Nutzer:innen möglichst lange zu halten. Dafür werden fragwürdige Inhalte besonders hochgerankt und deren Verbreitung aufgrund von Profitinteressen unterstützt. Durch weitreichende Transparenzverpflichtungen öffnet der DSA die Black-Box der Algorithmen der Online-Plattformen.

Weiterhin erstellen Unternehmen durch das Sammeln unserer persönlichen Daten maßgeschneiderte Werbung und versuchen auch so unsere Aufmerksamkeit möglichst lang an die Internetseite zu binden. Denn jede Sekunde, die wir länger auf der Seite verweilen, füllt die Kasse der Plattformen. Um den skrupellosen Geschäftsmodellen endlich ein Ende zu setzen, habe ich mich für ein komplettes Verbot von Tracking und personalisierter Werbung eingesetzt. Durchsetzen konnte ich ein **Verbot von personalisierte Werbung für Minderjährige und besseren Schutz unserer persönlichen Daten.** Das Sammeln von hochsensiblen Daten, wie Gesundheitsdaten oder sexuelle und politische Orientierung, für Werbezwecke ist zukünftig untersagt.

Ein weiterer Erfolg ist, dass mein Vorschlag ein Verbot von „Dark Patterns“ einzuführen größtenteils übernommen wurde. Die Ablehnung von Cookies oder die Abmeldung von Kundenkontos darf somit nicht mehr durch unübersichtliche Designs und mehrfache Klicks erschwert werden. Somit werden Nutzer:innen zukünftig nicht mehr durch unfaire Verwirrungstaktiken zu einer Zustimmung verleitet.

Die Durchsetzung der DSA-Regeln wird viele Ressourcen der europäischen und nationalen Behörden verlangen. Um die Finanzierung zu gewährleisten, wird eine Aufsichtsgebühr für große Digitalunternehmen eingeführt. Es ist zu begrüßen, dass statt der Steuerzahler nun die größten digitalen Unternehmen die Kosten übernehmen müssen.

Weitere Informationen zu meiner Arbeit im Europaparlament gibt es auf meinen Social Media Kanälen:

martin-schirdewan.eu

mschirdewan

schirdewan

schirdewanmartin

Außerdem könnt ihre Euch natürlich jederzeit an die Mitarbeiter:innen in meinen Wahlkreisbüros wenden:

Wahlkreisbüro Jena
Martin Schirdewan, MdEP
Arvid-Harnack Str. 1
07743 Jena
Telefon: 03641 2232942
Mobil: 01606596034

Wahlkreisbüro Hannover
Martin Schirdewan, MdEP
Goseriede 8
30159 Hannover
Telefon: 0511 45008852

THE LEFT IN THE EUROPEAN PARLIAMENT

DIE LINKE. IM EUROPAPARLAMENT